

Politische Erfolge der letzten 30 Jahre

- 1975/76 Der BDS ist maßgeblich an der Schaffung und Ausgestaltung des ersten Mittelstandsförderungsgesetzes in Baden-Württemberg beteiligt.
- Die Leistungsschauen örtlicher Gewerbevereine werden aus Landesmitteln bezuschusst.
- 1977 ff Die Partikuliere (Familienbetriebe der Binnenschiffer) schließen sich als Abteilung dem BDS an. Dem BDS gelingen eine Reihe von Verbesserungen für mittelständische Binnenschiffer.
- 1984/85 Der BDS ist Mitinitiator eines Vorschlages des Innenministeriums zur Verwaltungsbeschleunigung.
- 1985ff Mit Hilfe von Ministerpräsident Lothar Späth kann der BDS über den Bundesrat einige wesentliche Änderungen bei der Gewerbesteuer erreichen. So z.B. erhöhte Freibeträge und die Stufenregelung. Danach gilt lt. § 11 Abs. 2:
- Die Steuermesszahl für den Gewerbeertrag beträgt*
1. *bei Gewerbebetrieben, die von natürlichen Personen oder von Personengesellschaften betrieben werden,*
 - für die ersten 24.000 DM 1%*
 - für die weiteren 24.000 DM 2%*
 - für die weiteren 24.000 DM 3%*
 - für die weiteren 24.000 DM 4%*
 - für alle weiteren Beträge 5%*
- Inzwischen ist auch die Anrechnung der Gewerbesteuer beschlossen worden. Die BDS-Strategie der Aushöhlung der Gewerbesteuer ist bisher aufgegangen.
- 1985 Der BDS wird zur Mitgestaltung des Mittelstandsberichts der Landesregierung eingeladen. Eine Reihe von Vorschlägen, z.B. branchenbezogene Mittelstandsdefinition wird in diesem Bericht realisiert.
- Das Landeskabinett entspricht dem BDS-Wunsch, die VOL/A (Verdingungsordnung für Leistungen) erst ab 200.000,- ECU als verbindlich für die Kommunen zu erklären.
- 1980-98 Die 80er und 90er Jahre waren bestimmt durch die vehemente Zunahme großer Einkaufszentren und zunehmender Konzentration im Einzelhandel. Es war nicht möglich, diese Tendenz zu stoppen. Jedoch gelang es dem BDS einige Bremsen einzubauen. Beispiele sind :
- [Verbot der öffentlichen Werbung mit mengenmäßiger Beschränkung (1987)
 - [Verbot der irreführenden Preisgegenüberstellung (1987)
 - [Neuregelung des Rechts der Sonderveranstaltungen (1987)
 - [Maßnahmen gegen unseriöse Abmahnvereine (1987)
 - [Mittelstandsspezifische Verbesserungen im Wettbewerbs- und Kartellrecht, wie Verbot dauerhaften Verkaufs unter Einstandspreis (1998)
 - [Änderung des § 11 BauNutzVO, (über 700 qm muss der Gemeinderat als Sondergebiet ausweisen)
 - [Raumordnungsverfahren bei Raumplanung über 5000 qm
 - [Ausschlussmöglichkeit von innenstadtrelevanten Sortimenten bei Bebauungsplänen von Gewerbegebieten

- 1986 Für die große Steuerreform unter Federführung von Bundesfinanzminister Stoltenberg will die CDU in den Koalitionsverhandlungen eine steuerstundende Investitionsrücklage durchsetzen. Dem BDS ist durch den Vorsitzenden seines steuerpolitischen Ausschusses, dem früheren Vorsitzenden des Bundestags-Finanzausschusses Friedhelm Rentrop (FDP) bekannt, dass die FDP dies keinesfalls akzeptieren würde. So startet der BDS gemeinsam mit der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) und dem Bundesverband der Versicherungskaufleute eine beachtete öffentliche Kampagne für eine Erhöhung der Vorsorgefreibeträge. Die Regierung greift diesen Vorschlag auf, u.a. um dem Vorwurf eines mittelstandspolitischen Defizits in der Reform zu entgehen. Freibetragserhöhung erspart den Selbständigen jährlich Steuerzahlungen von durchschnittlich 300.- DM.
- Auch die Senkung der Einkommenssteuertarife wird erreicht.
- 1986 Die Landesregierung greift den BDS-Antrag auf „Wirtschaftserziehung in der Schule“ durch Aufnahme des Themas in die neuen Schulbücher auf.
- 1986 Der BDS greift die ungerechte und schikanöse und zum Teil existenzgefährdende Behandlung der Fuhrunternehmer im Italienverkehr durch Österreich auf. Die Landesregierung beschließt auf Anregung des BDS für eine gewisse Zeit die Arlberg-Maut zu erstatten.
- 1986 Ein Verwaltungsgericht erklärt die Befreiung vom Sonn- und Feiertagsgesetz bei Gewerbeausstellungen für unzulässig. Da der Sonntag der wichtigste Besuchertag ist, sind alle Leistungsschauen in Frage gestellt. Der BDS appelliert in einem Schreiben seiner Kreisvorsitzenden an die jeweilige Abgeordneten. Die Landesregierung ist unter Federführung von Innenminister Dietmar Schlee bereit, mit dem BDS einen Erlass zur Gestaltung der Fortführung dieser Ausstellungen auszuarbeiten. Dieser gilt mit einigen Modifizierungen bis heute.
- 1987 Der BDS (bzw. seine Fachgruppe Frauen) erhält einen Sitz im Landesfrauenrat.
- 1987 Der BDS erhält gemeinsam mit dem Landesverband der Freien Berufe einen Sitz im Landesmedienrat, der u.a. die Vergabe der Lizenzen für private Rundfunkveranstalter regelt.
- 1990 BDS-Präsident Rolf Kurz macht sich angesichts des Arbeitskräftemangels erfolgreich für eine Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber stark.
- 70er-90er Zahlreiche belastende Gesetze insbesondere im Arbeits- und Sozialrecht können zwar nicht verhindert werden. In vielen Fällen gelingt es dem BDS aber, die Notwendigkeit einer Mittelstandskomponente deutlich zu machen. So werden beispielsweise im SchwerbehindertenG, KündigungsschutzG, ErziehungsurlaubG, BetriebsverfassungG, LohnfortzahlungG so genannte Schwellenwerte, d.h. Mindestbetriebsgrößen eingeführt, ab denen die Geltung des Gesetzes erst eintritt. Die Regierung Helmut Kohl hebt 1997/98 in einigen Fällen die Schwellenwerte an (z.B. KündigungsschutzG von über fünf, auf über zehn Beschäftigte). Dies wird jedoch von der Regierung Schröder 1999 wieder zurückgenommen.

- 1993 Eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Gerd Scheffold bringt zutage, dass Italien mit über 200 Mio. ECU seine Transportunternehmer EG-vertragswidrig subventioniert. Die Intervention der Landesregierung in Brüssel führt zum Verbot der Subvention durch die EU-Kommission.
- 1994 Der Deutsche Bundestag hat kurz vor Ende der Wahlperiode auf Vorschlag der FDP die Abschaffung des Rabattgesetzes und der ZugabenVO beschlossen. Eine Mehrheit der BDS-Mitglieder ist zu diesem Zeitpunkt für eine Beibehaltung dieser Regelungen. BDS-Präsident Rolf Kurz gelingt es, die bayerische und die baden-württembergische Landesregierung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses zu veranlassen. Dieser kann vor der Wahl nicht mehr tagen. Der Gesetzentwurf verfällt damit nach dem Grundgesetz der Diskontinuität, d.h. das Gesetzgebungsverfahren muss neu aufgerollt werden, was erst in der übernächsten Legislaturperiode (2000/2001) unter Wirtschaftsminister Müller geschieht.
- 1994 Aus Mitteln des Verkaufs der Gebäudebrandversicherung werden 50 Mio. DM als Fördermittel des Landes für Existenzgründer bereitgestellt.
- 1995/96 Die Erkenntnisse auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Gerd Scheffold zur Kostenbelastung bei Meisterkursen veranlasst u.a. die baden-württembergische Landesregierung zu einer Bundesratsinitiative, an deren Ende der Einstieg ins Meister-BaföG steht.
- 1996 Betriebsübernehmer kleiner Betriebe werden vom Land wie Existenzgründer gefördert.
- 1996/97 Auf einen parlamentarischen Antrag des Abgeordneten Gerd Scheffold hin führt die Landesregierung zwei Pilotprojekte mit dem beschleunigten Strafverfahren bei Amtsgerichten durch. Ziel nach dem Motto „morgens gefasst, mittags verurteilt“ ist es, vor allem bei Ladendieben und Hooligans die Strafe sofort auf die Tat folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass die Täter auch noch für das Verfahren greifbar sind und nicht nach Monaten erst gesucht werden müssen. Inzwischen ist das Verfahren an größeren Amtsgerichten landesweit eingeführt. Das Verfahren wurde von den Medien besonders nach Ausschreitungen bei Fußballländerspielen gelobt. In diesem Zusammenhang hat sich der BDS bisher erfolgreich gegen die Abstufung des Ladendiebstahls zur Bagatelle und Ordnungswidrigkeit gewehrt.
- 1996/97 Die Fördermittel für Existenzgründer und Eigenkapitalprogramme werden aufgestockt. Existenzgründertage werden in Baden-Württemberg – z.T. in Kooperation mit BDS-Ortsvereinen – durchgeführt.
- 1997 Der BDS initiiert mittelstandspolitische Verbesserungen beim Arbeitnehmerüberlassungsgesetz über die Ministerien für Ländlichen Raum und Soziales.
- 1997 Immer wieder mahnt der BDS die Vermittlung von mehr Wirtschaftspraxis schon in den Schulen an. Das Kultusministerium greift mit erweiterten Betriebspraktika für Realschüler ein BDS-Landesverbandstagsthema auf.
- 1997 Mit dem neuen Rundfunkstaatsvertrag über die Errichtung des Südwestrundfunks (SWR) erhält der BDS gemeinsam mit dem Landesverband der freien Berufe einen Sitz im SWR-Rundfunkrat.
- 1997 Erste Versuche, die (damalige) 610.-DM-Regelung zu kippen, werden gestoppt. Ebenso Versuche, das Ladenschlussgesetz ganz abzuschaffen.
- 1997/98 Die Vermögenssteuer wird auch für das Privatvermögen abgeschafft.

- 1997/98 Der BDS problematisiert die Kosten einer Doppelmitgliedschaft z.B. bei IHK und HWK. Der Bundestag novelliert das Kammergesetz mit dem IHKG-ÄndG 1998. In § 3 Abs. 3 Satz 8 des IHKG wird die Möglichkeit geregelt, dass die Kammern bei Doppelmitgliedschaft eine Reduzierung des Grundbeitrags vornehmen können. Die Bundesregierung hat im Mai 2002 dem Bundestag über die Auswirkungen dieser Änderung berichtet. Danach haben 57 IHKn von dieser Option Gebrauch gemacht. 72% davon haben den Grundbeitrag halbiert, drei um 25% reduziert, zwei um 30%, je eine um 40% und 10%.
- 1998 Der Bundestag beschließt die Kürzung der gesetzlichen Lohnfortzahlung auf 80%, was aber unter der Regierung Schröder/ Lafontaine im Jahr 1999 wieder zurückgenommen wird.
- 1998 Abschaffung der Gewerbesteuer
- 1998/99 Landkreise stellen fest, dass viele Müllanlagen der Kreise allein mit Hausmüll nicht ausgelastet sind. Für Gewerbemüll besteht keine Andienungspflicht. Er kann daher wesentlich kostengünstiger durch private Firmen entsorgt werden. Die Landräte verlangen die gesetzliche Einführung der Andienungspflicht auch für Gewerbeabfälle und finden das Verständnis des zuständigen Umweltministers. Eine Reihe von BDS-Mitgliedern unter den Landtagsabgeordneten stellt sich diesem Vorhaben aber entschieden entgegen und verhindern es.
- 1998 Auf Androhung des BDS mit einer eigenen Mittelstandsliste zu den Sozialwahlen bei der Landesversicherungsanstalt und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte anzutreten, stellen die Arbeitgeberverbände dem BDS jeweils einen Sitz in den Verwaltungsräten zur Verfügung.
- 1998 Der Landesrechnungshof kritisiert die Bezuschussung von Leistungsschauen. Der Finanzausschuss des Landtags beabsichtigt die Abschaffung der Bezuschussung. Die Finanzausschussmitglieder Kurz und Scheffold erreichen eine Vertagung. Die Kreisvorsitzenden des BDS machen ihren Abgeordneten die Problematik klar. Daraufhin setzen sich viele Abgeordnete für die weitere Leistungsschaubezuschussung ein, woraufhin der Finanzausschuss mit Stimmen aller Fraktionen auf die Streichung verzichtet.
- 1998 Zur Verhinderung von Factory-Outlet-Centern werden Raumordnungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung für solche Bauvorhaben eingeführt.
- 1998 Sog. Mittelstandskartelle werden ermöglicht.
- 1998 Die Besteuerung zulassungsfreier Fahrzeuge (selbstfahrende Arbeitsmaschinen und solche als Anhänger) wird zurückgenommen.
- 1998/99 Auf Initiative von BDS-Präsident Kurz greift der Landtag erstmals in einer aktuellen Debatte die neue Rating-Problematik auf. In der Folgezeit gelingt es dem BDS im Bündnis mit vier weiteren Verbänden und politischen Institutionen, einige Punkte von Basel II zu entschärfen (internes Rating/Begrenzung auf höhere Kredite etc.).
- 1999 Die Landesregierung nimmt den BDS als Vertreter des Mittelstandes in die Gespräche des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung auf.

- 2000 Gemeinsam mit mehreren anderen Wirtschaftsorganisationen setzt sich der BDS erfolgreich für Nachbesserungen beim völlig verunglückten Scheinselbständigkeitsgesetz ein.
- 2000/2001 Der BDS spricht sich gemeinsam mit der FDP für eine flexiblere Regelung beim Bleiberecht für Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien aus, die in ihren Betrieben dringend benötigt werden. Die Stuttgarter Regierungskoalition einigt sich über einen Aufenthaltsstatus für ein Jahr bei unentbehrlichen Mitarbeitern (Voraussetzung ist, dass der Betrieb sich nachhaltig, aber erfolglos bei der Arbeitsverwaltung um eine Ersatzkraft bemüht hat).
- 2000/2001 Nach einer Gesetzesänderung können sich die Gemeinden jetzt anstelle des kommunalen Eigenbetriebs auch einer AG oder GmbH zur Erfüllung bestimmter Aufgaben bedienen. Bei diesen Rechtsformen gelten die Grundsätze über das öffentliche Vergabewesen nicht. VOB und Mittelstandsförderungsgesetz wären ausgehebelt. Die BDS-Mitglieder unter den Abgeordneten um Rolf Kurz und Gerd Scheffold erstreiten gemeinsam mit der gerade eingesetzten Mittelstandsenquetekommission eine Änderung des Mittelstandsförderungsgesetzes und des Gemeinderechts, derzufolge das Vergabeverfahren auch bei mehrheitlich von Kommunen gehaltenen GmbHs und AGs zur Anwendung kommt, wenn diese nicht im Wettbewerb stehen (z.B. Kreissparkassen, Energieversorger etc.).
- Auf die Bedenken, die Gemeinden würden über die neuen Möglichkeiten verstärkt auf wirtschaftlichem Gebiet auftreten, kann der BDS im Landtag eine gesetzliche Subsidiaritätsklausel im Gemeinderecht durchsetzen.
- Schon einige Jahre zuvor war eine Verbesserung der Mittelstandsvergaberichtlinien gelungen (z.B. Rückgabe der Sicherheitsleistungen bereits bei Annahme des Auftrags).
- 2001 Seit Jahren ist zu beobachten, dass große Konzerne bei der Ansiedlung von Großeinkaufszentren benachbarte Gemeinden gegeneinander ausspielen. Der BDS und die Mittelstandsenquetekommission fordern eine Kompetenzverlagerung an die Regionen. Der Landtag beschließt eine entsprechende Gesetzesänderung für Vorhaben ab 5.000qm.
- 2001 Die vom Landtag eingesetzte elfköpfige Mittelstandsenquetekommission wird in hohem Maße von Abgeordneten dominiert, die dem BDS angehören. In erster Linie sind dies Gerd Scheffold (CDU-Obmann), Gerhard Bloemecke, Rosely Schweizer (CDU), und Richard Drautz (FDP), auf Seiten der Opposition aber auch Ulrich Brinkmann (SPD), der leider während der Ziellaufphase der Kommission nach schwerer Krankheit verstarb. Neben den bereits beschriebenen Neuregelungen beim Vergaberecht und der Planungskompetenz für Großeinkaufszentren wurden u.a. folgende Empfehlungen beschlossen:
- [Sechs Bundesratsinitiativen zur Steuerreformnachbesserung. Diese waren zum Teil erfolgreich, z.B. Beibehaltung der Grundbesitzbewertung bei der Erbschaftssteuer bis 2006, Verzicht der Bundesregierung auf Überarbeitung der Branchentabellen bei Abschreibungsrecht, Wiedereinführung des halben Steuersatzes bei Betriebsveräußerung, Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung.
 - [Einführung eines Beschwerdemanagements gegen überzogene Bürokratie
 - [Übernahme der EU-Mittelstandsdefinition (Kleinst-/Klein-/Mittelbetriebe bis 10/50/250 Beschäftigte)
 - [Ausweitung der Mittelstandsförderung des Landes auf die Freien Berufe
 - [Ausbau der Beratungsförderung zur Unternehmenssicherung (inzwischen gibt es ein Impulsprogramm des Landesgewerbeamts (LGA), nach dem sich auch der Betriebsübergeber beraten lassen kann)

- [Vortrags- und Seminarförderung über LGA auch für Gewerbevereine
- [Beibehaltung und Ausbau des C1-Programms (im HH 2002/03 erfolgt)
- [Förderung von Gemeinschaftsständen bei in- wie ausländischen Messen (im HH 2002/03 erfolgt)
- [Kooperationsförderung (LGA-Programm startet noch 2002)

Für die weitere Umsetzung der Enqueteempfehlungen hat der Landtag jährlich 10,6 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt.

- 2001 Die sog. Mannheimer „Luftbesteuerung“ (Abgabe für Werbeschilder, die aus dem Geschäftshaus herausragen), gegen die sich BDS-Kreis- und Landesverband gewehrt hatten, wird wieder abgeschafft.
- 2001 Der BDS klärt mit dem Landesinnenministerium, dass für Rechtsverordnungen der Gemeinden zur Festsetzung verkaufsoffener Sonntage, da diese keine Verwaltungsakte sind, keine Verwaltungsgebühren erhoben werden dürfen.
- 2002 Die Landesregierung kommt der vom BDS mitinitiierten Forderung der Mittelstandsenquetekommission nach, und beschließt 3 Mio. Euro für ein Werbeprogramm pro Nachwuchs im Handwerk auszugeben.
- 2002 Sozial- und Arbeitsminister sagt dem BDS ein vereinfachtes Verfahren bei der Rechtsverordnung für mehrere verkaufsoffene Sonntage zu.
- 2002 Der BDS erhält laut Zusage des Arbeitsministers künftig alle gewünschten Tarifverträge vom Ministerium entsprechend der bayerischen Regelung.
- 2002 Die Landesregierung kommt einem BDS-Wunsch nach und tritt einem Bundesratsantrag auf Änderung des Straßenverkehrsgesetzes bei, das ein kostenfreies Parken an Parkautomaten in der ersten halben Stunde ermöglichen soll.
- 2003 Die Aktionen und Stellungnahmen von BDS und IHK gegen das 26.000 qm ECE-Einkaufszentrum in Ulm sind erfolgreich.
- 2004 Die Landesregierung greift den BDS-Vorschlag zur Einrichtung eines Mittelstandsbeirats beim Landwirtschaftsministerium auf. Präsidentin Störr-Ritter wird als Mitglied des Beirats berufen.
- 2004 Die Landesregierung greift den BDS-Vorschlag zur Einsetzung eines Ombudsmanns für Bürokratieabbau auf. Unter den rund 800 Eingaben und Anregungen sind auch zahlreiche Vorschläge, die der BDS dem Bürokratiebeauftragten der Landesregierung beim Landesverbandstag 2005 übergeben hat.
- 2005 16 BDS-Mitglieder (davon vier aus Baden-Württemberg) werden in den Deutschen Bundestag gewählt.
- 2005 Die große Koalition im Bund nimmt die BDS-Vorschläge zur Aussetzung der Erbschaftssteuer bei Übernahmen mittelständischer Unternehmen auf. Im Zuge der vorgezogenen Neuwahlen verläuft das Modell zunächst jedoch wieder im Sand.
- 2005 Dem BDS gelingt es, bei der vorgezogenen Sozialversicherungszahlung (Januar 2006) eine liquiditätsschonende Übergangsregelung zu erreichen, der zufolge die zusätzliche Monatszahlung auf sechs Monate verteilt werden kann. Mit dem ersten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse erreicht der BDS im Juli 2006 ein pauschaliertes Verfahren, mit dem die Entgeltabrechnung auf einen Termin konzentriert werden kann.

- 2005/6 Auf Protest des BDS und anderer Wirtschaftsverbände hin verzichtet die Bundesregierung auf eine Rentenversicherungspflicht für GmbH-Geschäftsführer.
- 2006 Die BDS-Forderung eines Klagerechtes des betroffenen Unternehmens bei Verstößen gegen den Subsidiaritäts-Grundsatz (Konkurrenz durch kommunale Unternehmen) im Gemeindefinanzrecht wird vom Landtag im Gesetz verankert. Außerdem wird ein Vorrang des Privatunternehmens in § 102 GO (Gemeindeordnung) verankert.
- 2006 Die EU-Dienstleistungsrichtlinie wird entsprechend den BDS-Vorstellungen bei Herkunftslandprinzip und Haftungsvorschriften entschärft.
- 2006 Das Bayerische Kabinett lockert die Vorschriften zum Sonntagswaschverbot für Autos. Die Forderung des BDS dies auch in Baden-Württemberg zu tun wird von Wirtschaftsminister Ernst Pfister unterstützt.
- 2006 Die Bundesregierung kommt einer BDS-Forderung nach und bringt einen Gesetzentwurf ein, mit dem die Altersvorsorge Selbständiger vor Pfändung geschützt wird.
- 2006 Bei der vom BDS mit Vehemenz als neue Bürokratielast bekämpften neuen Betriebs-PKW-Regelung (1%-Regelung nur, wenn Fahrzeug mehr als 50% betrieblich genutzt) hat das Bundesfinanzministerium eine vereinfachende Regelung getroffen. Danach kann der Nachweis der betrieblichen Nutzung durch Eintrag in Terminkalender, Reisekostenaufstellung, sonstige Abrechnungen oder auch durch formlose Aufzeichnungen über einen repräsentativen Zeitraum (i.d.R. 3 Monate) glaubhaft gemacht werden. Der Nachweis ist gar nicht erforderlich, wenn sich aus der Tätigkeit die über 50-prozentige Nutzung ergibt (z.B. Taxifahrer, Handelsvertreter etc.).
- 2006 Nach zähen Verhandlungen wird Basel II verabschiedet. Der BDS hatte sich über Jahre für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung eingesetzt und konnte u.a. die Erhöhung des Schwellenwerts auf 1.000.000 Euro erreichen.
- 2006 Bei der „Reichensteuer“ (Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent ab einem Einkommen von 250.000 / 500.000 Euro) kann der BDS erreichen, dass Gewinneinkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit ausgenommen werden. Für diese Einkunftsarten wird - allerdings beschränkt auf das Jahr 2007 – ein Entlastungsbeitrag in Höhe von drei Prozent eingeführt.
- 2006 Die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung übernimmt teilweise (2 + 1) die Vorstellungen des BDS (2 + 2) zur begrenzten, bürokratieentlasteten Zulassung von verkaufsoffenen Sonntagen im Landesladenschlussrecht.
- 2006 Die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung nimmt den Kampf gegen überflüssige Bürokratie als Schwerpunktthema auf.
- 2006 Die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung greift in ihren steuerpolitischen Vorstellungen zahlreiche Forderungen des BDS auf. (z.B. Reform Erbschaftssteuer, Abschaffung Gewerbesteuer, Vereinfachung im Einkommenssteuerrecht, Unternehmenssteuerreform...).
- 2006 Auf den massiven Protest von BDS und anderen Wirtschaftsverbänden hin nimmt der Bundestag noch einige Änderungen am neuen AGG vor (bei Vermietung von Wohnraum Geltung erst ab 50 Wohnungen, Entschärfung der Beweislast, Streichung des Merkmals „Weltanschauung“, Ausnahme des Kündigungsschutzes, kein zusätzliches Klagerecht des Betriebsrates oder der Gewerkschaft in Kleinbetrieben, Verkürzung der Ausschlussfrist zur Geltendmachung von Ansprüchen auf 2 Monate).

- 2006 Erstes Gesetz zur Entlastung des Mittelstandes. Mit dem Gesetz werden insgesamt 18 Maßnahmen zur Entlastung des Mittelstandes umgesetzt. Zu ihnen gehören die Anhebung der steuerlichen Buchführungspflichtgrenze von 350.000 Euro auf 500.000 Euro Umsatz oder die Entlastung kleinerer Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe von Statistikpflichten, sowie ein pauschaliertes Verfahren bei den Sozialversicherungszahlung.
- 2006 Die vom BDS über Jahre kritisierte Ich-AG als Förderungsmaßnahme endet zum 1. Juli und wird durch einen neuen Gründungszuschuss als Anschlussregelung ersetzt.
- 2006 Die Reform der Berufsgenossenschaften wird auf den Weg gebracht. Die Anzahl der gewerblichen Berufsgenossenschaften soll von 26 auf sechs reduziert werden.
- 2006 Teilerfolg: Reduzierung der GEZ-Gebühren auf internetfähige PC von 17,03 Euro / Monat (TV-Gebühr) auf 5,52 Euro (Radiogebühr). Der BDS fordert jedoch eine grundsätzliche Überprüfung des bestehenden Gebührensystems.